

THEMENSERVICE

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft – Bilanz und Ausblick

Wadim Lisovenko

Europa gemeinsam wieder stark gemacht?

Unter dem Motto „Gemeinsam. Europa wieder stark machen.“ hatte Deutschland vor sechs Monaten die Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union (EU) übernommen. Die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer wirtschaftlichen Folgen, der EU-Haushalt und die Brexit-Verhandlungen sollten die programmatischen Schwerpunkte dieser Präsidentschaft sein. Noch bis Dezember konnte kein einziger Punkt von der Liste gestrichen werden. Doch dann folgte ein Durchbruch auf den anderen. Als Portugal am 1. Januar 2021 den Vorsitz übernahm, hatte die EU unter anderem einen neuen Haushalt, einen Handelsvertrag mit Großbritannien, ein Investitionsabkommen mit China und ein neues Klimaziel. War Angela Merkels letzte Ratspräsidentschaft damit ein voller Erfolg? Wie liefen die Verhandlungen mit den Briten und China ab? Und welche Aufgaben bleiben für Portugal noch übrig? Die Abteilung Medienanalyse und -archiv bietet einen finalen Überblick.



© European Union 2020 - Source: EP/ Daina Le Lardic

Die Bilanz der „Corona-Präsidentschaft“

Am 31. Dezember endete der deutsche Vorsitz im Rat der Europäischen Union. Noch bis in die letzten Stunden gab es viel zu tun. „So fiebrig ist kaum einmal eine EU-Ratspräsidentschaft zu Ende gegangen“, resümiert **Werner Mussler** in der FAZ¹. „Gleich zwei Sonderereignisse haben in der vergangenen Woche dafür gesorgt, dass die EU-Institutionen nicht wie sonst in einen kurzen nachweihnachtlichen Winterschlaf gefallen sind, sondern besonders geschäftig waren.“ Gemeint sind das an Heiligabend beschlossene Brexit-Handelsabkommen und das Investitionsabkommen mit China. „Beide Vertragsentwürfe bescherten dem noch amtierenden deutschen Ratsvorsitz Überstunden an den Feiertagen und bis in die letzten Stunden des ablaufenden Jahres. Der Drama-Bedarf des britischen Premierministers Boris Johnson

machte die Brexit-Punktlandung an Heiligabend wohl unausweichlich. Die späte Übereinkunft mit China versinnbildlicht dagegen, wie stark Corona die deutsche Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 überschattete. Der EU-China-Gipfel [...] fiel aus und ließ sich durch zähe Telefonate und Videokonferenzen nur schwer ersetzen.“ Weitere Details zu den beiden Abkommen finden Sie in den folgenden Abschnitten. Der Einfluss der Pandemie auf den deutschen Vorsitz ist das Kernthema von Musslers Resümee. „Auch die Routine der Brüsseler Ministertreffen fiel der Pandemie zum Opfer. Die Ministerräte – also die regelmäßigen Zusammenkünfte der Fachminister – fanden fast ausnahmslos als Bildschirm-Stelldichein statt.“ Die Minister seien damit die Verlierer dieser Präsidentschaft: „Viele von ihnen kündigten noch im Frühjahr an, sie wollten unter ihrem Vorsitz allerlei eigene Anliegen durchsetzen. Fast nichts davon wurde konkret. Das lag nicht nur an Corona, sondern auch an der in Berlin oft geäußerten illusorischen Erwartung, ein Ratsvorsitz könne eigene politische Prioritäten durchsetzen.“ Weitere Kernaufgaben gingen von den Ministern auf die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten, vor allem den deutschen Botschafter Michael Clauß², über. Als die „prägende Gestalt“ dieses Halbjahres sei jedoch vor allem Angela Merkel wahrgenommen worden. „Diese wäre ihr aber auch ohne den deutschen Vorsitz zugekommen. Merkel war, ist und bleibt bis zu ihrem Abschied aus dem Amt die wichtigste EU-Politikerin – weil sie mit Abstand die

größte Erfahrung nicht zuletzt im Krisenmanagement hat und weil sie den wirtschafts- und einwohnerstärksten Mitgliedstaat repräsentiert. Das wird sich nicht ändern, wenn die EU-Präsidentschaft nun an Portugal übergeht.“

Christoph Schiltz von der *Welt*³ betont ebenfalls die bedeutende Rolle der Kanzlerin während der Ratspräsidentschaft. „Nach dieser EU-Ratspräsidentschaft ist spätestens klar: Angela Merkel wird nach ihrem Rückzug ins Private im Herbst 2021 eine riesige Lücke auf der europäischen Bühne hinterlassen, die die Konsensfindungskapazitäten dieser europäischen Gemeinschaft schwächen und möglicherweise auch ihre Handlungsfähigkeit vorübergehend einschränken wird.“ Die Bilanz der deutschen Ratspräsidentschaft sei jedoch durchwachsen, obwohl Merkel wichtige Punkte machen konnte. „Ihrem persönlichen Einsatz und ihrem hohen Ansehen im Kreis der EU-Regierungen ist letztlich zu verdanken, dass der Streit mit Polen und Ungarn [...] doch noch beigelegt wurde. Die Kanzlerin hat zudem geschickt verhandelt, um die Klimaziele für 2030 durchzusetzen [...]. Es war auch Angela Merkel, die im Schlagabtausch mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan erneut deeskalierte, damit ein einstimmiger Sanktionsbeschluss zustande kam.“ In den letzten neun Monaten ihrer Amtszeit müsse Merkel nun den Grundstein für ein „neues transatlantisches Band“ legen, meint Schlitz. „Die Zukunft Europas liegt politisch, wirtschaftlich und in Sicherheitsfragen einzig in einer engen Koalition mit [...] namens Amerika.“

Peter Becker, Europaexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik, bewertet die Bilanz der Ratspräsidentschaft im Gespräch mit dem *Münchner Merkur*⁴ positiv. „Die Bilanz ist gut. Diese Präsidentschaft verlief ja ganz anders, als sie geplant und vorbereitet wurde. Eigentlich sollte ein Schwerpunkt in diesem Halbjahr Europas Verhältnis zu China und zu Afrika sein, aber die Pandemie hat diese Pläne über den Haufen geworfen. Dennoch war sie ein Erfolg, weil die deutsche Präsidentschaft auf die Veränderung der großen Projekte durch die Herausforderungen der Pandemie schnell und pragmatisch reagiert hat. Die großen Themen, vom EU-Haushalt bis zu den Klimazielen, wurden erfolgreich zu Ende gebracht.“ Selbst vermeintliche Kurswechsel wie bei der europäischen Finanzpolitik sieht Becker im Einklang mit den Leitlinien der deutschen Europapolitik. „[...] es war immer Primat deutscher Europapolitik, alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammenzuhalten.“ Diese „proeuropäische Grundposition“ sieht der Experte auch als Mer-

kels europapolitisches Vermächtnis. „Ihrem Credo ist sie, bei allen Veränderungen im Detail, treu geblieben: Deutschland gehe es nur gut, wenn es Europa gut geht. Insofern war sie in dieser Pandemie als Krisenmanagerin Europas zur richtigen Zeit am richtigen Ort.“



Angela Merkel
© European Union

Bernd Riegert von der *Deutschen Welle*⁵ lässt in seinem Beitrag noch einmal mehrere Politiker und Experten über die Bilanz der Ratspräsidentschaft zu Wort kommen. An erster Stelle steht natürlich die Kanzlerin, die im Dezember nach dem letzten EU-Gipfel erleichtert zugab: „Mir ist ein Stein vom Herzen gefallen.“ Zu diesem Zeitpunkt hatte Merkel einen Verhandlungsmarathon hinter sich, auf dem endlich der Weg frei gemacht werden konnte für den bereits im Juli geschlossenen EU-Haushalt und Wiederaufbauplan. Die EU wäre jetzt in einer schweren Krise, falls die Kanzlerin das nicht hinkommen hätte, schätzt Daniela Schwarzer von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Die Situation gab dennoch bedenkliche Einblicke in den inneren Zustand der EU. „Die EU-Institutionen wurden von zwei Staaten instrumentalisiert für innenpolitische Zwecke“, kritisiert Schwarzer. Der deutsche EU-Botschafter Michael Clauß will es der Geschichte überlassen zu zeigen, ob die EU mit den neuen Beschlüssen enger zusammengeschweißt wurde oder nicht. „Ich habe da so meine Zweifel. Man kann aber sagen, dass die EU damit an ihren Herausforderungen gewachsen ist.“ Jedenfalls könne man nicht alles auf die deutsche oder eine andere Ratspräsidentschaft schieben, meint Clauß. Zu komplex seien die Strukturen und zu verschieden die Ansichten der Mitgliedstaaten. Eine Lösung für zukünftige Probleme hätte der Botschafter jedoch: „Ich wünschte mir mehr Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit.“ Zuletzt lobt Janis Emmanouilidis vom Think Tank European Policy Centre die deutsche Führung in vollen Zügen.

„Es war schon ein glücklicher historischer Zufall, dass gerade zufällig Deutschland in der Pandemie Ratspräsident war.“ Ein kleinerer EU-Staat hätte diese Kompromisse kaum vermitteln können. Insgesamt hätte Merkels letzte Ratspräsidentschaft die Schulnote Zwei plus verdient: „Eine Eins konnte es wegen der vielen Ausfälle durch die Pandemie nicht werden.“

Detlef Drewes weist im Bonner General-Anzeiger⁶ darauf hin, dass die Erfolge natürlich nicht dem deutschen Vorsitz alleine zu verdanken seien. „Es wäre oberflächlich, das Erreichte der deutschen Ratspräsidentschaft zuzuschreiben und für die Defizite andere verantwortlich zu machen. Richtig aber ist, dass Bundeskanzlerin Angela Merkel ihre Stärke ausgespielt hat: ihren Pragmatismus. Der hat Kompromisse möglich gemacht, auch wenn man dafür in einigen Fällen bis zur Selbstverleugnung jenen populistischen Kräften zum Beispiel in Polen und Ungarn entgegenkommen musste [...]“. Auch für die zukünftigen Herausforderungen brauche die EU eine „starke und verlässliche Stimme aus Deutschland. Deshalb sehen nicht wenige dem sich abzeichnenden Ende der Kanzlerschaft Merkels mit mulmigen Gefühlen entgegen. [...] Dass die Kanzlerin gleich am Anfang der Krise mit Frankreichs Präsident Emmanuel Macron über ihren Schatten gesprungen ist und einen Aufbaufonds mit gemeinsamen Schulden initiiert hat, wurde ihr vor allem im Süden hoch angerechnet. Wer auch immer die Nachfolge antritt, muss hohe Erwartungen erfüllen können. Auch das hat diese deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 gezeigt.“

Die Europaabgeordneten **Katarina Barley** und **Franziska Brantner** loben in der FAZ⁷ die Rolle der Parlamente während des Haushalts-Konfliktes mit Ungarn und Polen, wobei sie gleichzeitig den deutschen Vorsitz scharf kritisieren. „Die Signale mehrten sich, dass Kanzlerin Merkel den Rechtsstaatsmechanismus noch weiter aufweichen würde, um Haushalt und Hilfsfonds durchzubekommen. Das ist Ausdruck eines jahrelangen Appeasements der Staats- und Regierungschefs gegenüber den Demokratieverstörern [...]. In dieser Situation waren die Parlamente die Rettung. In Anträgen und Petitionen appellierten Parlamentarier aus dem Europaparlament und aus den nationalen Parlamenten immer wieder gemeinsam an die deutsche Ratspräsidentschaft, nicht vor Orbán einzuknicken.“

Für **Markus Becker** vom Spiegel⁸ ist nicht etwa der EU-Haushalt oder der Corona-Fonds, sondern das neue europäische Klimaziel die „beste Nachricht der deutschen Ratspräsident-

schaft“. Alles andere sieht Becker überaus kritisch. Das Programm der Ratspräsidentschaft: „Aus heutiger Sicht wirkt es beinahe größtensinnig“. Der erzielte Kompromiss mit Polen und Ungarn, „eine Notoperation. Der Rechtsstaatsmechanismus wurde dabei so stark verwässert, dass fraglich ist, ob er jemals wirkungsvoll zum Einsatz kommt.“ Die Agrarreform, die unter dem Vorsitz von Julia Klöckner beschlossen wurde: „So trug sie dazu bei, dass der größte Teil der EU-Agrarmittel auch künftig nicht anhand von Umweltkriterien, sondern gemäß der Fläche der Höfe verteilt wird. Klöckner hat einen Systemwechsel versprochen und Stillstand geliefert.“ Und zuletzt sei auch Innenminister Seehofer bei der EU-Asylreform „krachend gescheitert“. Beckers Fazit fällt danach aber überraschend positiv aus: „Insgesamt darf man in Berlin zufrieden sein. Es war keine glänzende Präsidentschaft, aber Merkel hat getan, was in der EU niemand so gut kann wie sie: Sie hat den Laden zusammengehalten.“

Hans-Peter Siebenhaar, Jan Hildebrand, Frank Specht, Klaus Stratmann, Jens Münch rath blicken auf Handelsblatt online⁹ ausführlich auf alle Erfolge und Misserfolge der deutschen Ratspräsidentschaft zurück. Lesenswert ist auch die Zusammenfassung von **Karoline Meta Beisel, Björn Finke** und **Matthias Kolb** in der Süddeutschen Zeitung¹⁰. Die offizielle Bilanz der Bundesregierung erschien einen Tag zu früh, um noch das Abkommen mit China mit einzuschließen.

Brexit-Handelsabkommen: „Die Uhr tickt nicht mehr“

„Dies ist von historischer Bedeutung“, kommentiert Kanzlerin Angela Merkel in einer Pressemitteilung am 24. Dezember den Durchbruch bei den entscheidenden Brexit-Verhandlungen. „Ich freue mich, dass sich die Verhandlungsführer der Europäischen Union und Großbritanniens auf ein Abkommen geeinigt haben und damit die zukünftigen Beziehungen zwischen Europäischer Union und Großbritannien klar geregelt sind.“

Jochen Buchsteiner und **Thomas Gutschker** berichten in der FAZ¹¹ ausführlich, wie sich die Europäische Union und Großbritannien am Heiligabend doch noch einig wurden. Es begann „um genau 14.44 Uhr. Da schalteten sich der britische Premierminister und die EU-Kommissionspräsidentin zu einer letzten Videokonferenz zusammen. Neben Ursula von der Leyen saßen die Unterhändler Michel Barnier und David Frost“. Hinter den beiden Verhand-

lungspartnern habe eine lange Nacht gelegen, weil überraschenderweise noch Probleme bei den Fischpreisen bemerkt wurden. „Bis in den Morgen hinein war fieberhaft gerechnet worden – dann stimmten auch Johnson und von der Leyen dem Ergebnis zu.“ So endeten die monatelangen Verhandlungen, mit einem 1246 Seiten langen Dokument. „Es wäre der Moment gewesen, um eine Flasche Champagner zu öffnen. Der stand wohl auch gut gekühlt bereit. Aber getrunken wurde er nicht. Zu groß sei die Erschöpfung aller gewesen, hieß es hinterher.“ Gerade Premierminister Boris Johnsons Interesse an einem Deal sei am Ende „gewaltig“ gewesen. „Seine Autorität war schon durch sein Pandemie-Management angekratzt; ein Misserfolg in Brüssel hätte die Kritik an ihm gefährlich erhöht. Zum anderen befürchtete Johnson einen Schub für die separatistischen Bestrebungen in Schottland, Nordirland und Wales, wäre das Land in Unfrieden aus der EU gegangen. Und nicht zuletzt glaubt Johnson an den Vorteil internationaler Zusammenarbeit“. In Brüssel sei man zudem überzeugt davon, dass „der von Frankreich am vorigen Sonntag verhängte Einreisestopp zur Einigung in letzter Minute beigetragen habe. Die Bilder von den Lkw-Schlangen und leeren Regalen hätten den Briten vor Augen geführt, wie abhängig sie vom Kontinent seien.“ Gegenüber der Öffentlichkeit und der Presse präsentierte sich Johnson nach dem Ende der Verhandlungen triumphal, während die EU-Seite zurückhaltender war. „Die Uhr tickt nicht mehr“, zitieren die Autoren eine nüchterne Stellungnahme von Barnier. Auch Ursula von der Leyen habe eher „Erleichterung“ als Freude empfunden. Zuletzt betonte sie die Gemeinschaft der EU-Staaten: „[...] in Krisenzeiten geht es darum, dass wir uns aneinander aufrichten, statt allein zu marschieren. Es ist Zeit, den Brexit hinter uns zu lassen. Unsere Zukunft wird in Europa gemacht.“



Boris Johnson
© Andrew Parsons/ No 10 Downing Street/ Flickr/ CC BY-NC-ND 2.0

Vanessa Vu fasst für [Zeit Online](#)¹² die Reaktionen der britischen Presse auf den Deal zusammen. Die [WirtschaftsWoche](#)¹³ sowie [Welt Online](#)¹⁴ sammelten daneben Reaktionen von Politikern und Wirtschaftsvertretern. **Stefanie Bolzen, Tobias Kaiser** und **Christoph B. Schiltz** von der [Welt](#)¹⁵ sowie **Hendrik Kafsack** von der [FAZ](#)¹⁶ beantworteten zahlreiche wichtige Fragen zu der Einigung.

Am Dienstag, den 29. Dezember, stimmten die 27 EU-Staaten dann formal für das Abkommen und die vorläufige Anwendung ab dem 1. Januar 2021. „Mit vereinten Kräften ist es gelungen, einen chaotischen Jahreswechsel zu verhindern“, kommentierte Außenminister Heiko Maas die Abstimmung auf [Twitter](#). Das Abkommen wurde daraufhin am 30. Dezember um 9.30 Uhr von EU-Kommissionschefin Ursula von der Leyen und Ratspräsident Charles Michel unterzeichnet. „Die vorläufige Anwendung des Vertrags ist nötig, weil für eine Ratifizierung durch das Europaparlament vor dem Jahresende die Zeit fehlt – sie soll nach Neujahr nachgeholt werden“, erklärt [Welt Online](#)¹⁷. „Anvisiert wird eine Abstimmung im Februar oder März nach ausführlicher Prüfung. Die EU-Parlamentarier pochen darauf, dass dieses Verfahren eine einmalige Ausnahme bleibt.“

Albrecht Meier weist im [Tagesspiegel](#)¹⁸ darauf hin, dass die Frist für die Beratungen „notfalls“ auch verlängert werden könne. Das sei „deshalb wichtig, weil sich einige EU-Abgeordnete bereits darüber beklagt haben, dass ihnen für eine ordnungsgemäße Beratung kaum genügend Zeit zur Verfügung steht. Normalerweise dauert es mindestens drei Monate, bis ein Handelsvertrag durch das EU-Parlament geprüft ist.“



Ursula von der Leyen und Charles Michel
© European Union

Im britischen Parlament wurde das von Johnson vorgelegte Ratifizierungsgesetz dagegen am 30. Dezember „binnen weniger Stunden durchgewunken“, wie die [Süddeutsche Zeitung](#)¹⁹ berichtet. In der Nacht zum 31. De-

zember habe dann auch Staatsoberhaupt Königin Elizabeth II dem Gesetz mit ihrem „Royal Assent“ zugestimmt. Zusammen mit der Veröffentlichung des Vertragswerks im Gesetzblatt der EU an Silvester stand der vorläufigen Anwendung nichts mehr im Wege, wie ein Sprecher der deutschen EU-Ratspräsidentschaft mitteilte. „Ein No Deal wurde abgewendet, gerade noch rechtzeitig“, zitiert ihn die SZ. **Jochen Buchsteiner** von der FAZ²⁰ beschreibt detailliert, wie schnell es am Ende ging. „Die Sonder-sitzung hatte schon begonnen, als ein kleines Militärflugzeug auf dem Londoner Innenstadt-flughafen landete. Darin befand sich der Vertrag mit den Unterschriften, die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und Charles Michel, der EU-Ratspräsident, am Morgen unter das Papier gesetzt hatten. Ein Kurier brachte das Dokument in die Downing Street, wo es Boris Johnson nach den Debatten in beiden Kammern des Parlaments unterzeichnen sollte“. Über Westminster habe an diesem Tag „keine Spannung“ gelegen. Nur fünf Stunden sollte die Debatte dauern, an deren Ende die Zustimmung kam, trotz Widerstand aus der Opposition. „521 Parlamentarier stimmten für das Abkommen. 73 sprachen sich dagegen aus“, berichtet **Alexander Mühlauer** für die Süddeutsche Zeitung²¹. Oppositionsführer Keir Starmer argumentierte, dass es ohne die Zustimmung des Parlaments zu einem No-Deal gekommen wäre.

China-Abkommen: Die Handschrift von Angela Merkel

Seit 2013 verhandelte die Europäische Union mit China über ein Investitionsabkommen. Deutschland wollte den Prozess während der Ratspräsidentschaft zu einem Abschluss bringen. Auf einem großen Gipfel in Leipzig sollte das Abkommen im September unterzeichnet werden. Doch die Corona-Pandemie durchkreuzte die Pläne, stattdessen fand nur eine kurze Videokonferenz statt und es wurde stiller um das Thema. Mitte Dezember wurden dann plötzlich Fortschritte verkündet, wie unter anderem **Dana Heide**, **Hans-Peter Siebenhaar** und **Till Hoppe** vom Handelsblatt²² berichteten. Beide Seiten arbeiteten „unter Hochdruck“ und mit „Zuversicht“ am Abschluss der Verhandlungen.

„Und dann, in den letzten Wochen des Jahres 2020, ging es plötzlich ganz schnell“, rekapituliert **Tobias Kaiser** in der Welt²³. „Für den 30. Dezember, ausgerechnet in der Zeit zwischen den Jahren, in der Brüssel und die europäi-

schen Hauptstädte normalerweise stillstehen, musste eiligst eine Videokonferenz auf höchster Ebene organisiert werden, um das Ergebnis der Unterhändler zu besiegeln. Dieser Abschluss am vorletzten Tag des Jahres 2020 trägt die Handschrift von Angela Merkel. Sie hatte bereits vor der Corona-Pandemie die Beziehungen zwischen China und der EU zu einem zentralen Thema der deutschen EU-Ratspräsidentschaft gemacht. Daran hat sie trotz Corona festgehalten und den Abschluss mit China bis zuletzt vorangetrieben.“ Dabei seien viele EU-Staaten bis zuletzt noch skeptisch gegenüber einem Abkommen gewesen, darunter die Niederlande und Frankreich. „Wie Merkel den französischen Präsidenten dazu bewogen hat, bleibt ihr Geheimnis. Denkbar ist ein Deal, der vorsieht, dass die deutsche Kanzlerin das Abkommen in ihrer Ratspräsidentschaft unter Dach und Fach bringen kann, dass die Übereinkunft aber erst unter der französischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 ratifiziert wird. Macron bliebe dann die Möglichkeit, Druck auf Peking auszuüben, damit bei der versprochenen Ratifizierung von Arbeitnehmerrechten wirklich etwas passiert“. Kaiser bewertet das Abkommen aus zwei verschiedenen Aspekten. Handelspolitisch würde Brüssel viel Lob verdienen, „schließlich haben sie erreicht, dass es für europäische Unternehmen leichter wird, in China zu investieren und Geschäfte zu machen [...] Wenn man das Vertragswerk aber als Teil der wesentlich umfassenderen Beziehungen von China und der EU sieht und nicht nur aus merkantiler Perspektive betrachtet, ist das Abkommen zu diesem Zeitpunkt eine Zumutung.“ Es sei geopolitisch der falsche Zeitpunkt für das Abkommen, nachdem China das ganze Jahr über mit Menschenrechtsverletzungen und Falschnachrichten über die Pandemie aufgefallen war. Zudem gefährde das Abkommen das Verhältnis zu den USA unter Joe Biden. „Wenige Tage vor der Amtseinführung von Präsident Biden einen Vertrag mit China zu schließen, kommt allerdings einem ausgestreckten Mittelfinger gleich, der signalisiert: Im Zweifel ist der Marktzugang so wichtig, dass wir auf Biden nicht warten können.“

„Mittelmäßiger Vertrag, mieser Zeitpunkt“, lautet das auch das knappe Urteil von **Bernhard Zand** von Spiegel Online²⁴. „Die Bedenken aus den USA haben offenbar weder Brüssel noch Berlin beeindruckt, was einen Schatten auf die künftige wirtschaftspolitische Zusammenarbeit mit Washington wirft. Die nach Bidens Wahlsieg beschworene europäisch-

amerikanische Geschlossenheit gegenüber China muss Peking zunächst jedenfalls nicht fürchten.“ Ein europäischer Diplomat verteidigt das Abkommen gegen die Kritik. Es sei „nicht als Affront gegen die neue, sondern eher als Folge der eigennützigen Handelspolitik der scheidenden US-Regierung zu verstehen.“

„Die Europäische Union hat sich nicht gerade den besten Zeitpunkt für ihre Einigung auf ein Investitionsabkommen mit China ausgesucht“, meint zwar auch **Friederike Böge** von der *FAZ*²⁵ mit Blick auf den Amtsantritt von Präsident Joe Biden. Allerdings gebe es dafür nachvollziehbare Gründe, denn bis man sich mit der neuen amerikanischen Regierung auf eine gemeinsame China-Strategie einigen könne, würden Monate oder Jahre vergehen. „Auch dann werden amerikanische und europäische Interessen nicht deckungsgleich sein. In Brüssel verweist man zudem darauf, dass die Amerikaner im vergangenen Jahr bereits ihr eigenes Handelsabkommen mit China geschlossen hätten und dass die EU nun lediglich gleichziehe.“ Auch dürfte Merkel vermutet haben, dass weder ihr portugiesischer Nachfolger in Brüssel noch ein künftiger Bundeskanzler das Projekt ähnlich engagiert vorangetrieben hätten. Zwar sei es zweifelhaft, dass China seinen Zusagen zur Zwangsarbeit nachkommt. „Deshalb der EU einen Ausverkauf ihrer Werte vorzuwerfen, wie manche das tun, geht aber an der Realität vorbei. Niemand dürfte ernsthaft erwartet haben, dass China sich darauf einlässt, unabhängige Gewerkschaften zuzulassen oder der Zwangsarbeit im eigenen Land ein Ende zu setzen. Um den Druck auf China zu erhöhen, braucht es zusätzliche Instrumente und einen langen Atem.“



Charles Michel
© European Union

Durchaus positiv wird das Abkommen von **Nicole Bastian** im *Handelsblatt*²⁶ bewertet. „Zugegeben, einen schwierigeren diplomatischen Partner gibt es derzeit kaum. Das heißt aber nicht, dass die EU nicht mit China verhan-

deln sollte. [...] Einfluss nehmen so gut es geht ist die bessere Devise. Das Investitionsabkommen ist eine Entscheidung für einen realpolitischen Kurs.“ Durch das Abkommen würde die EU die Menschenrechtsverletzungen nicht absegnen, das müsse sie nur deutlicher machen. Sanktionen wegen Hongkong hätten aber früher kommen müssen. Auch bei dem Thema Zwangsarbeit habe die EU Sanktionsmöglichkeiten, die sie noch nutzen könne. „Nicht die gesamte Chinapolitik der EU kann eben mit einem Abkommen abgedeckt werden.“ Auch im Verhältnis mit den USA sei es Biden, der „das Vertrauen der Europäer nach dem aggressiven Kurs seines Vorgängers erst wiedergewinnen muss. Die Europäer haben die Nervosität Pekings vor dem Biden-Antritt für das Abkommen genutzt.“ Daniel Caspary, der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europaparlament, zeigt sich ebenfalls zufrieden mit dem Abkommen. „Bei einem schwierigen Verhandlungspartner wie China durfte man keine Wunder erwarten“, zitiert ihn **Tobias Kaiser** in der *Welt*²⁷. „Das Abkommen ist ein erster Schritt hin zu einheitlichen und von beiden Seiten akzeptierten Regeln im härter werdenden Wettbewerb.“

Nicole Bastian, Dana Heide, Hans-Peter Siebenhaar, Frank Specht und **Klaus Strammann** beantworten im *Handelsblatt*²⁸ die wichtigsten Fragen zum Abkommen. Darunter auch die Frage, wie es nun weitergehen wird: „Die finale Ratifizierung ist für Anfang 2022 vorgesehen. Bis dahin muss der Text des Abkommens übersetzt und juristisch überprüft werden. Dann müssen die Regierungen aller 27 EU-Staaten – nicht deren Parlamente – und das EU-Parlament zustimmen.“

Im EU-Parlament sei das Abkommen „alles andere als ein Selbstläufer“, schreibt **Daniel Steinvorth** in der *NZZ*²⁹. „Erst am 17. Dezember verabschiedeten die Abgeordneten eine kritische Resolution zur Zwangsarbeit und zur Lage der unterdrückten muslimischen Minderheit der Uiguren – mit nur 20 Gegenstimmen.“

EU-Erweiterung: Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel

Einer der größeren Rückschläge für die deutsche Ratspräsidentschaft ist der stockende Erweiterungsprozess auf dem Westbalkan. Europa-Staatsminister Michael Roth macht gegenüber **Hans-Peter Siebenhaar** vom *Handelsblatt*³⁰ „keinen Hehl“ daraus, wie enttäuscht er über diesen Umstand ist. „Natürlich bin ich darüber enttäuscht, dass wir im Kreis der EU jetzt nicht den nächsten Schritt machen konn-

ten. Denn wir brauchen dringend positive Signale für den Westbalkan. Auf dem Spiel steht nicht weniger als unsere Glaubwürdigkeit“, sagte Roth dem Korrespondenten in Brüssel. „Wir müssen in die Puschen kommen. Denn Frieden, regionale Versöhnung und Demokratie auf dem Westbalkan sind für ganz Europa von zentraler strategischer Bedeutung, auch und gerade für die unmittelbare Nachbarschaft.“ Nun setze Roth seine Hoffnungen auf die portugiesische Ratspräsidentschaft, um die Gespräche endlich einzuleiten. „Portugal weiß um die Bedeutung des Balkans für die Stabilität ganz Europas. Ich vertraue darauf, dass Portugal den Beitrittsprozess vorantreiben wird.“ Ansonsten drohe der Balkan stärker in den Einflussbereich von Russland, China und der Türkei zu geraten. „Wenn die EU auf dem Westbalkan ein Vakuum hinterlässt, werden andere Mächte aus geostrategischen Gründen in dieses Vakuum stoßen, welche die demokratischen Werte der Europäischen Union nicht teilen“, fürchtet Roth. „Man schneidet sich ins eigene Fleisch.“



Michael Roth
© European Union

Die Deutsche Welle³¹ sprach über das Thema mit der Botschafterin **Susanne Schütz**, die im Auswärtigen Amt unter anderem als Beauftragte für die Länder des Westlichen Balkans verantwortlich ist und vorher die Botschaft in Albanien führte. Sie zieht eine leicht optimistische Bilanz zum Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. „Auch wenn sich die Menschen in der Region möglicherweise noch mehr erhofft hatten, muss man doch das Glas als halbvoll sehen.“ Die Aufnahme der Beitrittsgespräche mit Albanien und Nordmazedonien sei eine wichtige Entscheidung gewesen, auch wenn die Gespräche bis zum Jahresende nun doch nicht beginnen konnten. Positiv bewertet Schütz, dass es zu einer Wiederaufnahme des Normalisierungsdialogs zwischen dem Kosovo und Serbien kam. Dies sei der Ernennung von Miroslav Lajčák zum Sonderbeauftragten der EU zu verdanken. Beide Seiten sollen sich auf meh-

renen Treffen „konstruktiv engagiert“ haben. „Entscheidend ist, dass am Ende eines Dialogs ein umfassendes Abkommen steht, das die vielen offenen Fragen nachhaltig regelt – und in beiden Ländern politisch tragfähig ist. Das ermöglicht Serbien und Kosovo perspektivisch den EU-Beitritt und trägt zur regionalen Stabilität bei“. Zuletzt betont die Diplomatin, dass Deutschland sich durch den Vorsitz im Berliner Prozess auch nach dem Ende der Ratspräsidentschaft in der Region engagieren wird. „Wir werden an den wichtigen Entscheidungen des letzten Berliner Prozess-Gipfels von Sofia anknüpfen, der erfolgreich einen von allen sechs Westbalkanländern getragenen Gemeinsamen Regionalen Markt aufgesetzt und beschlossen hat, sich eine ‚Green Agenda‘ zu geben.“

Ausblick auf die portugiesische EU-Ratspräsidentschaft

„Langweilig wird es für Portugal nicht werden, wenn das Land im Januar die halbjährlich rotierende EU-Ratspräsidentschaft übernimmt“, prophezeien **Hans-Peter Siebenhaar** und **Sandra Louven** im Handelsblatt³². „Sein Vorgänger Deutschland vererbt ihm eine Reihe unerledigter und schwieriger Themen – vom Migrationspakt bis zu den EU-Beitrittsverhandlungen mit dem Westbalkan. Seit Monaten stehen Lissabon und Berlin deshalb in engem Kontakt.“ Neben den alten Problemen will Portugal auch eigene Schwerpunkte setzen. „Die geopolitische Tagesordnung ist das Kernstück der portugiesischen Ratspräsidentschaft“, zitiert die Zeitung den portugiesischen Europaabgeordneten Paulo Rangel. „Es ist sehr wichtig, die Beziehungen zu Indien auszubauen.“ Für den 8. Mai ist bereits ein hochrangiges Treffen zwischen der EU und Indien geplant, auch über ein Freihandelsabkommen werde verhandelt. Durch die ehemalige Kolonie Goa pflege Portugal eine besondere Beziehung zum Subkontinent. Ein zweiter Schwerpunkt sei die Sozialpolitik. „Ziel Lissabons ist, die Widerstandsfähigkeit Europas und das Vertrauen in das europäische Sozialmodell zu stärken. Dafür schlägt Lissabon einen Sozialgipfel vor.“ So seien die Erwartungen an die portugiesische Ratspräsidentschaft in Brüssel nun auch hoch, jedoch könnte innenpolitischer Druck Premierminister António Costa ausbremsen, schätzen die Autoren. „Im eigenen Land steht die sozialistische Minderheitsregierung von Premier Antonio Costa erheblich unter Druck. [...] mitten in der Pandemie will einer seiner bisherigen Partner, der populistische linke Block, keine

weitere Budgetdisziplin mehr mittragen. Die Abstimmung über den neuen Haushalt gewann Costa nur denkbar knapp. Eine politische Krise kann sich das Land ausgerechnet jetzt aber nicht leisten. [...] Womöglich helfen Erfolge auf europäischer Ebene auch daheim. Der selbst gesteckte Anspruch ist jedenfalls groß.“ In einem früheren Handelsblatt³³-Artikel loben **Siebenhaar** und **Louven** Premier Costa als Dealmaker: „Wenn es eine Eigenschaft gibt, die António Costa charakterisiert, dann ist es sein enormes Geschick, Kompromisse zu schmieden.“ Dies habe er mit seiner Minderheitsregierung in Portugal bewiesen. „Sein Talent, vermeintlich unversöhnliche Positionen zusammenzuführen, wird er brauchen, wenn Portugal ab Januar von Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt.“



Charles Michel und António Costa
© European Union

Costas besonderes Interesse an Indien könnte auch mit seiner Familiengeschichte zusammenhängen, wie **Anna-Lena Ripperger** in der FAZ³⁴ erklärt. Dessen Vater stammt aus der früheren Kolonie Goa. Neben Indien steht auch die ehemalige Kolonie Mosambik auf der Agenda, wie **Tilo Wagner** vom Deutschlandfunk³⁵ im Gespräch mit Portugals Außenminister Santos Silva erfuhr: „Die portugiesische Ratspräsidentschaft wird den Hohen Vertreter für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU hier unterstützen. Die Lage in Mosambik war das erste Thema, das ich mit dem Hohen Vertreter beim unserem ersten Treffen in Vorbereitung unsere EU-Ratspräsidentschaft besprochen habe.“

Albrecht Meier vom Tagesspiegel³⁶ schätzt, dass auch für Portugal die Corona-Pandemie und ihre Folgen das wichtigste Thema sein werde. „Nicht nur ist Portugal in der Coronakrise bei der Koordinierung der Impfstoffeinkäufe, -genehmigungen und -kampagnen auf EU-Ebene gefordert. Zudem steht mit der Umsetzung des 750-Milliarden-Fonds mit den europaweiten Corona-Hilfen eine entscheidende

Aufgabe für das Land im Südwesten der Gemeinschaft an.“ Hierfür müssten zunächst die Reformpläne gebilligt werden, was Portugal deswegen zu einer Priorität erklärt. Auch Portugal selbst brauche die Hilfgelder aus der „Bazooka“ nämlich dringend. Auch die schwierige Aufgabe einer EU-Asylreform würde nun an Portugal übergehen. „Dabei macht sich niemand in Brüssel Illusionen, dass quasi über Nacht ein Konsens unter den Mitgliedstaaten erreicht werden könnte.“ Zu groß seien noch die Differenzen zwischen den Mitgliedsstaaten, heiße es in EU-Diplomatenkreisen. „Da Deutschland nach der Abgabe des Ratsvorsitzes in der Migrationspolitik nicht mehr zwischen allen 27 EU-Staaten vermitteln muss, wird Berlin bei der Diskussion voraussichtlich ab Januar wieder eigene nationale Belange in den Vordergrund rücken.“

Weitere Informationen

- Offizielle [Bilanz](#) der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, herausgegeben vom Auswärtigen Amt.
- [Gemeinsame Erklärung](#) von Bundeskanzlerin Merkel und Portugals Ministerpräsidenten António Costa.
- [Interview](#) mit Portugals Außenminister Santos Silva.
- Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft [in Zahlen](#).
- „Quo vadis Britannia?": Eine [Analyse](#) der Folgen des Brexit von unserem KAS-Auslandsbüro Großbritannien und Irland.
- Handelsblatt³⁷: [Chronologie](#) des Brexit vom ersten Referendum 2013 bis heute.
- [eu2020.de](#): Die offizielle Webseite der Bundesregierung zu der Ratspräsidentschaft.
- Auf der offiziellen [Themenseite](#) der **Konrad-Adenauer-Stiftung** finden Sie aktuelle Interviews sowie auch Veranstaltungen und Publikationen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft.



Angela Merkel und António Costa
© European Union

¹ Werner Mussler, Geschäftig bis in die letzten Stunden, faz.net, 31.12.2020,

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/warum-angela-merkel-die-wichtigste-eu-politikerin-ist-17124904.html>

² Matthias Kolb, Michael Clauß: Angela Merkels Marathon-Mann in Brüssel, sueddeutsche.de, 21.12.2020,

<https://www.sueddeutsche.de/meinung/profil-michael-clauss-1.5154740>

³ Christoph B. Schiltz, Nach Angela Merkel werden wir eine andere EU erleben, Welt Online, 25.12.2020,

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/plus223113934/Deutsche-Bilanz-Nach-Angela-Merkel-werden-wir-eine-andere-EU-erleben.html>

⁴ Alexander Weber, "Die Bilanz der Ratspräsidentschaft ist gut". Interview mit Peter Becker, Münchner Merkur, 31.12.2020, [https://www.swp-](https://www.swp-ber-)

lin.org/fileadmin/contents/products/medienbeitraege/Becker_Bilanz_der_Ratspraesidentschaft_M%C3%BCnchner_Merkur_12_2020.pdf

⁵ Bernd Riegert, EU: Gemischte Bilanz der deutschen "Corona-Präsidentschaft", Deutsche Welle, 30.12.2020, <https://www.dw.com/de/eu-gemischte-bilanz-der-deutschen-corona-pr%C3%A4sidentschaft/a-55950236>

⁶ Detlef Drewes, Viel erreicht, einiges versäumt, ga.de, 28.12.2020, https://ga.de/news/politik/ausland/deutsche-eu-ratspraesidentschaft-viel-erreicht-einiges-versaeumt_aid-55414271

⁷ Katarina Barley/ Franziska Brantner, Ein Sieg der Parlamente, faz.net, 05.01.2021,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/eu-rechtsstaatlichkeit-ungarn-und-polen-haben-nicht-gewonnen-17130200.html>

⁸ Markus Becker, Merkels Notoperation in Brüssel, Spiegel Online, 28.12.2020,

<https://www.spiegel.de/politik/ausland/deutsche-eu-praesidentschaft-notoperation-bruessel-a-00000000-0002-0001-0000-000174629127>

⁹ Hans-Peter Siebenhaar/ Jan Hildebrand/ Frank Specht/ Klaus Stratmann/ Jens Münchrath, Deutschland hat seine Ziele erreicht – mit Pragmatismus und Hartnäckigkeit, Handelsblatt online, 31.12.2020,

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/eu-ratspraesidentschaft-deutschland-hat-seine-ziele-erreicht-mit-pragmatismus-und-hartnaeckigkeit/26758296.html?ticket=ST-1691925-MSUeYpNjc2q9Crk1dFp9-ap2>

¹⁰ Karoline Meta Beisel/ Björn Finke/Matthias Kolb, Die Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft kann sich sehen lassen, sueddeutsche.de, 29.12.2020,

<https://www.sueddeutsche.de/politik/europaeische-union-deutsche-ratspraesidentschaft-bilanz-1.5160801>

¹¹ Jochen Buchsteiner/ Thomas Gutschker, Champagner wurde nicht getrunken, faz.net, 27.12.2020, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/rekonstruktion-der-brexiteinigung-zwischen-eu-und-grossbritannien-17120253.html>

¹² Vanessa Vu, "Besser als nichts", Zeit Online, 25.12.2020, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-12/brexit-deal-presse-handelsabkommen-wirtschaft-einigung-verhandlungen>

¹³ o.A., „Das Abkommen ist besser als kein Abkommen“, wiwo.de, 25.12.2020, <https://www.wiwo.de/politik/europa/reaktionen-auf-den-brexit-deal-das-abkommen-ist-besser-als-kein-abkommen/26749204.html>

¹⁴ o.A., „Ein Deal ist besser als kein Deal“ – Wirtschaft will

Brexit-Pakt genau prüfen, Welt Online, 25.12.2020,

<https://www.welt.de/politik/ausland/article223221344/Brexit-Deal-besser-als-kein-Deal-Wirtschaft-will-Pakt-pruefen.html>

¹⁵ Stefanie Bolzen/ Tobias Kaiser/ Christoph B. Schiltz, Das sind die Antworten auf die wichtigsten Fragen zum „Brexit-Deal“, Welt Online, 24.12.2020,

<https://www.welt.de/politik/ausland/plus223203722/Brexit-Deal-Das-sind-die-Antworten-auf-die-wichtigsten-Fragen.html>

¹⁶ Hendrik Kafsack, Was ändert das Abkommen zwischen Großbritannien und der EU?, faz.net, 27.12.2020, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/brexit-was-aendert-das-abkommen-zwischen-eu-grossbritannien-17120048.html>

¹⁷ o.A., Die EU ist bereit – Brexit-Handelspakt startet am 1. Januar 2021, Welt Online, 29.12.2020,

<https://www.welt.de/wirtschaft/article223451956/Die-EU-ist-bereit-Brexit-Handelspakt-startet-am-1-Januar-2021.html>

¹⁸ Albrecht Meier, Im Eiltempo, tagesspiegel.de, 28.12.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/nach-der-einigung-auf-das-handelsabkommen-im-eiltempo/26753910.html>

¹⁹ o.A., Der Brexit wird Realität, sueddeutsche.de, 31.12.2020, <https://www.sueddeutsche.de/politik/brexit-handelsabkommen-konsequenzen-1.5162590>

²⁰ Jochen Buchsteiner, „Wir werden die besten Freunde, die die EU haben kann“, faz.net, 30.12.2020,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/britisches-unterhaus-stimmt-fuer-brexit-handelsvertrag-17124654.html>

²¹ Alexander Mühlauer, Johnson träumt von "Global Britain", sueddeutsche.de, 30.12.2020,

<https://www.sueddeutsche.de/politik/brexit-vertrag-unterhaus-johnson-1.5162226>

²² Dana Heide/ Hans-Peter Siebenhaar/ Till Hoppe, Investitionsabkommen: EU und China verhandeln unter Hochdruck über Streitpunkte, Handelsblatt online, 15.12.2020, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/wirtschaftspolitik-investitionsabkommen-eu-und-china-verhandeln-unter-hochdruck-ueber-streitpunkte/26719438.html?ticket=ST-15340726-rulZ1K066EyovYkpCZsv-ap2>

²³ Tobias Kaiser, China steigt auf, Europa steigt ab, Welt Online, 01.01.2021,

<https://www.welt.de/debatte/kommentare/article22361289/6/EU-China-Deal-China-steigt-auf-Europa-steigt-ab.html>

²⁴ Bernhard Zand, Mittelmäßiger Vertrag, mieser Zeitpunkt, Spiegel Online, 31.12.2020,

<https://www.spiegel.de/wirtschaft/mittelmassiger-vertrag-mieser-zeitpunkt-a-ddf654fb-077e-4908-9c04-aa60839a0074>

²⁵ Friederike Böge, Die EU glaubt an den Markt, China an die Waffe, faz.net, 06.01.2021,

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/handelsabkommen-die-eu-glaubt-an-den-markt-und-china-an-die-waffe-17131708.html>

²⁶ Nicole Bastian/ Jens Münchrath, Ist es richtig, dass sich die EU jetzt mit China auf ein Investitionsabkommen geeinigt hat?, Handelsblatt online, 04.01.2021,

<https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/pro-und-contra-ist-es-richtig-dass-sich-die-eu-jetzt-mit-china-auf-ein-investitionsabkommen-geeinigt-hat/26764288.html?ticket=ST-1759614-Fr5f7mDZh4NoNbcGu5Vo-ap2>

²⁷ Tobias Kaiser, Was der EU-China-Pakt für Deutschland bedeutet, Welt Online, 30.12.2020,

<https://www.welt.de/wirtschaft/article223425872/Investitionsabkommen-mit-Peking-Darum-geht-es-im-EU-China-Deal.html>

²⁸ Nicole Bastian/ Dana Heide/ Hans-Peter Siebenhaar/ Frank Specht/ Klaus Stratmann, Der Deal steht: Bei welchen Fragen sich die EU durchgesetzt hat – und wo China, Handelsblatt online, 31.12.2020,

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/investitionsabkommen-der-deal-steht-bei-welchen-fragen-sich-die-eu-durchgesetzt-hat-und-wo-china/26758948.html>

²⁹ Daniel Steinvorth, Der Pakt mit China lässt noch viele Fragen offen, nzz.ch, 07.01.2021,

<https://www.nzz.ch/international/eu-pakt-mit-china-laesst-fragen-offen-ld.1595098>

³⁰ Hans-Peter Siebenhaar, Europa-Staatsminister Roth kritisiert Blockadehaltung bei EU-Erweiterung auf dem Balkan, Handelsblatt online, 31.12.2020,

https://www.handelsblatt.com/politik/international/beitrittskandidaten-europa-staatsminister-roth-kritisiert-blockadehaltung-bei-eu-erweiterung-auf-dem-balkan/v_detail_tab_comments/26753884.html

³¹ Adelheid Feilcke, Susanne Schütz: EU-Integration des Westbalkans - ein strategisches Ziel. Interview mit Susanne Schütz, Deutsche Welle, 28.12.2020,

<https://www.dw.com/de/susanne-sch%C3%BCtz-eu-integration-des-westbalkans-ein-strategisches-ziel/a-56075097>

³² Hans-Peter Siebenhaar/ Sandra Louven, EU-Ratspräsidentschaft: Portugal stellt Geopolitik in den Vordergrund, Handelsblatt online, 01.01.2021,

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/stabwechsel-eu-ratspraesidentschaft-portugal-stellt-geopolitik-in-den-vordergrund/26743894.html>

³³ Hans-Peter Siebenhaar/ Sandra Louven, EU-Ratspräsidentschaft: Portugals Premier gilt als begnadeter Verhandler, Handelsblatt online, 27.12.2020,

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/antnio-costa-eu-ratspraesidentschaft-portugals-premier-gilt-als-begnadeter-verhandler/26748466.html>

³⁴ Anna-Lena Ripperger, Mit Wurzeln in Indien, Frankfurter Allgemeine Zeitung, 04.01.2021.

³⁵ Tilo Wagner, Portugal will Aufmerksamkeit auf Terror in Mosambik lenken, Deutschlandfunk, 31.12.2020,

https://www.deutschlandfunk.de/programm-fuer-eu-ratspraesidentschaft-portugal-will.795.de.html?dram:article_id=490118

³⁶ Albrecht Meier, Portugal will rasche Auszahlung der Corona-Hilfsmilliarden sicherstellen, tagesspiegel.de, 30.12.2020,

<https://www.tagesspiegel.de/politik/berlin-uebergibt-eu-vorsitz-an-lissabon-portugal-will-rasche-auszahlung-der-corona-hilfsmilliarden-sicherstellen/26758298.html>

³⁷ Sören Imöhl/ Angelika Ivanov, Die Chronologie des Brexits - der EU-Austritt Großbritanniens zusammengefasst, Handelsblatt online, 04.01.2021,

<https://www.handelsblatt.com/politik/international/brexit-zusammenfassung-die-chronologie-des-brexits-der-eu-austritt-grossbritanniens-zusammengefasst/24097616.html>